

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 34, JANUAR 2024

Die Mitte-Studie und was sie für Konfliktbearbeitung in Deutschland bedeutet

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

*nach der Veröffentlichung der aktuellen Mitte-Studie im September des letzten Jahres ging ein Raunen durch die Menge der politischen, medialen und zivilgesellschaftlichen Kommentator*innen der Studie. Und in der Tat: Die Ergebnisse der Studie sind besorgniserregend. In der gesellschaftlichen Mitte Deutschlands hat sich die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Positionen drastisch erhöht. Darüber hinaus legen die Enthüllungen über ein konspiratives Treffen rechtsextremer Akteur*innen, bei dem Deportationspläne geschmiedet wurden, zumindest nahe, dass sich diese Akteur*innen ihrer gesellschaftlichen Resonanz mehr als bewusst sind.*

Wie hängt diese gesellschaftliche Resonanz mit Konflikten zusammen? Was für Implikationen hat das für Konfliktbearbeitung in Deutschland? Und was haben sogenannte Megatrends damit zu tun? Darüber schreibt in dieser Ausgabe von Streit&Struntz Beate Küpper, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen und stellvertretende Leiterin des Institutes SO.CON an der Hochschule Niederrhein, Mitglied der ConflictA - Konfliktakademie Bielefeld sowie Mitherausgeberin der aktuellen Mitte-Studie.

Megatrends sind längerfristige, weltweit beobachtbare Veränderungen, die sich auch hierzulande bemerkbar machen und bis in die Kommunen hinein spürbar werden. Sie bedeuten Veränderungen in diversen Lebensbereichen und fordern weitere Veränderungen ein. Spitzen sich Veränderungen zu, nennen wir sie Krise. Machen sie sich gehäuft und verschärft bemerkbar, ist, wie derzeit, die Rede von einer Polykrise. Zu den Megatrends und Zuspitzungen der letzten Jahrzehnte gehören u.a. die Globalisierung und damit verbundene Migrationsbewegungen, die Digitalisierung, damit verbunden Schnelligkeit und auch Unübersichtlichkeit

und der Klimawandel und damit verknüpfte Herausforderungen für die Energieversorgung. Ebenso weltweite Auswirkungen, wenngleich hoffentlich kein Trend, sind die Coronapandemie mit ihren Einschränkungen und Folgen, Russlands Krieg gegen die Ukraine sowie der Angriff der Hamas auf Israel und der dramatisch eskalierte Nahostkonflikt. Die Demokratisierung war lange ein positiver Trend – immer mehr Länder waren demokratisch regiert mit dem damit verbundenen gestiegenen Augenmerk auf Diversität, also Vielfalt in Gleichwertigkeit. Dieser Trend ist inzwischen wieder rückläufig, mehr Länder sind autokratisch

regiert, Diversität wird zunehmend in Frage gestellt, auch verächtlich gemacht oder sogar zurückgeschraubt.

Krisenzeiten – ob nun individueller, kollektiver oder gesamtgesellschaftlicher Art – bringen Chancen mit sich, wecken auch Hoffnungen und Erwartungen, können aber auch zu Verunsicherungen führen. Berühren sie „Triggerpunkte“, wie die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser beschreiben, verschärft und polarisiert sich die Debatte.[1] Sie wecken dann auch die Gegenwehr all jener, die sich von den Veränderungen überfordert fühlen oder befürchten, dadurch etwas an Wohlstand und/oder ihre Vormachtstellung zu verlieren. An ihnen entzündeten sich dann auch Konflikte im kommunalen Raum und umgekehrt werden kommunale Konflikte auch gezielt hochskaliert. Gerade der Osten Deutschlands ist durch die vielen Veränderungen der letzten Jahrzehnte geprägt, hier gab es ökonomische, soziale und politische Transformationen in nahezu allen Lebensbereichen. Entsprechend könne er, wie einige meinen, durchaus auch ein Vorbild für den Umgang mit Krisen sein, zugleich sei der Osten aber auch „veränderungsmüde“, wie der ehemalige Ostbeauftragte der Regierung, Christian Hirte, bereits 2019 feststellte. Und entsprechend ausgeprägt ist auch die Gegenwehr bei weiteren Veränderungen. Die hohen Zustimmungswerte zur AfD sind hierfür Ausdruck, so die These. Die Partei bietet den scheinbar einfachen, bequemen und sichereren Ausweg, Veränderungen ggf. gar nicht wahrnehmen zu müssen – Stichwort Klimawandel – oder zurückzudrehen – Stichwort „Remigration“, sich nicht bewegen zu müssen, einfach so weitermachen zu können wie bisher, ein Zurück in eine Vergangenheit, die es so nicht gab, soll dabei Selbstaufwertung und den Erhalt oder Ausbau der eigenen Vormachtstellung garantieren.

31 Prozent der Menschen in Deutschland fühlen sich persönlich stark von den Krisen betroffen, 39 Prozent sehen Menschen wie sie selbst stark betroffen und 55 Prozent Deutschland als Ganzes, wie die FES-Mitte-Studie 2022/23 ergab.[2] Die konkrete individuelle Krisenbetroffenheit ist also deutlich geringer als die abstraktere, kollektive. Und keineswegs führt das Gefühl der Krisenbetroffenheit gleich zu Verunsicherung. Doch bei immerhin 41 Prozent der Befragten tut es das, sie fühlten sich bereits vor einem Jahr, dem Zeitpunkt der Datenerhebung der aktuellen Mitte-Studie, durch die vielen Krisen verunsichert. Das Gefühl dürfte sich eher noch verschärft haben, geht der Blick doch ganz überwiegend auf Negatives, nicht auf positive Entwicklungen. Gerade der

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: An jedem ersten Freitag im Monat mit einem schriftlichen Impuls und an einem der folgenden Montage (16.30-17.30 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen der Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

[1] Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag.

[2] Andreas Zick (2023): Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schroeter; Bonn: Dietz Verlag, S. 22.

Eindruck, Deutschland sei stark von Krisen betroffen ist unter den AfD-Anhänger*innen besonders ausgeprägt und sie fühlen sich auch eher dadurch verunsichert.

Rechtsextreme Einstellungen werden in der Tradition der Mitte-Studien über sechs Kerndimensionen erfasst. Die ersten drei spiegeln den politisch-historischen Charakter des Rechtsextremismus wider (Befürwortung einer Diktatur, Nationaler Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus), die letzteren drei den sozial-völkischen (Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus).[3] Jede dieser sechs Dimensionen wird über jeweils drei Aussagen erhoben, jede widerspricht der Idee der liberalen Demokratie und einer offenen Gesellschaft, wie sie das Grundgesetz formuliert. Beispielhaft sind die Aussagen: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ oder „Es gibt lebenswertes und unwertes Leben“. Wer allen 18 Aussagen, die zur Erfassung verwendet werden, auf der fünfstufigen Antwortskala eher oder voll zustimmt, hat, so die Definition der Studie, ein geschlossen rechtsextremes Weltbild.

Im Winter 2022/2023 vertraten 8,3 Prozent der Befragten ein solches rechtsextremes Weltbild. Das sind dreimal mehr als in den Jahren zuvor. Hinzu kommt ein Graubereich von 20 Prozent, die zwar nicht rechtsextrem sind, aber sich auch nicht klar demokratisch positionieren.[4] So sind beispielsweise 52 Prozent derjenigen, die mit der AfD sympathisieren, der Ansicht: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ 20 Prozent finden: „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“, und 19 Prozent sagen: „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“. Unter

denen, die keine Sympathie zur AfD hegen, vertreten dies nur 19, respektive 6 beziehungsweise 10 Prozent. Deutlich mehr der Ersteren fallen auch in einen Graubereich, d.h. sie sind zwar nicht rechtsextrem eingestellt, aber auch nicht klar demokratisch.

Jene, die sich durch die Krisen verunsichert fühlen, sind weniger demokratisch orientiert, neigen eher zu Verschwörungsmysen, Populismus und rechtsextremen Einstellungen und billigen sogar eher politische Gewalt. 41 Prozent sehen gesellschaftliche Konflikte in Deutschland als stark oder sehr stark ausgeprägt, 15 Prozent an dem Ort, an dem sie leben, 8 Prozent in ihrer Familie. Wer zu solchen demokratiegefährdenden Positionen neigt, nimmt eher gesellschaftliche Konflikte im sozialen Raum wahr. Wie auch bei Krisen werden mehr Konflikte wahrgenommen, je weiter sie von der eigenen Person weg sind. Hier

Die Mitte Studie...

... ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, durchgeführt seit 2006 im zweijährigen Rhythmus. Jeweils rund 2.000 Personen werden zu ihren (anti-)demokratischen Meinungen telefonisch befragt. Mehr zur Studie, zur Methodik und einen kostenlosen Download gibt es hier: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>.

[3] Andreas Zick, Nico Mokros (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schroeter; Bonn: Dietz Verlag, S. 68f.

[4] Ebd. S. 70f.

ist der Raum für Populismus mit seiner Erzählung vom von den korrupten Eliten betrogenen, den gefährlichen Fremden und ungleichen Anderen bedrohten Volk. Das destruktive Reden über Krisen und Konflikte facht die Wut an und berechtigt zu ungebremster Wut, die sich dann auch gegen die Demokratie und jene, die sich für sie engagieren und sie repräsentieren, richtet. 13 Prozent aller Befragter geben beispielsweise Verständnis dafür an, wenn die Wut gegen Politiker auch mal in Gewalt umschlägt.[5] Von den Befragten, die sich von den Krisen betroffen und verunsichert fühlen, neigen 62 Prozent dem Populismus zu, 12 Prozent teilen ein geschlossen rechtsextrems Weltbild, 12 Prozent billigen politische Gewalt. Unter jenen, die sich nicht durch die Krisen betroffen und verunsichert fühlen sind dies nur 21 respektive jeweils 4 Prozent.

Meine These ist: Ja, wir stehen vor Veränderungen, es gibt auch Krisen, und ja, es gibt immer gesellschaftliche Konflikte - Demokratie ist die zivilisierte Form, mit diesen unterschiedlichen Interessen und Positionen umzugehen. Das destruktive Reden über Krisen und Konflikte öffnet für den Populismus, der diese umgekehrt für sich instrumentalisiert, Tür und Tor. Konfliktbearbeitung wird hier vielleicht helfen, Konflikte in konstruktive Bahnen zu lenken, aber antidemokratische, rechtsextrême Akteure werden dann einfach

den nächsten Konflikt für sich nutzen. Umso wichtiger ist es, dies als Strategie zu erkennen und nicht darauf reinzufallen - demokratischer Dialog und die Bearbeitung von Konflikten erfordern eine demokratische Grundhaltung, Rechtsextrémismus eine klare Abgrenzung ohne Wenn und Aber. Demokratie bedeutet nicht nur gehört und ernst genommen zu werden und sich beteiligen zu können, sondern auch eine Verpflichtung für das Gemeinwesen und Verantwortung für die eigenen Positionen und das eigene Handeln. Ein Graubereich ist für die Demokratie zu wenig. Die positive Botschaft: Die Menschen sind insgesamt progressiver als sie selbst und vielleicht auch als Politik und Medien meinen - auch das zeigt die Mitte-Studie.

*Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen **Online-Diskussion am 29. Januar von 16-17 Uhr**, möchten wir gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen, um die Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie und ihre Bedeutung für Konfliktbearbeitung in Deutschland zu diskutieren.*

Wir laden Sie und Euch ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

[5] Ebd. S. 86.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail zum Online-Gespräch an: streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Finanziert von der
Europäischen Union

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Landespräventionsrat
Thüringen



Bündnis für Brandenburg
...weil es um Menschen geht!

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIelfALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136
streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de
www.k3b-saw.de